

ven Beschwerde beim Verwaltungsgerichtshof eingelegt. Da der Verbund-Konzern sich auf den rechtskräftigen Bescheid stützt und bereits mit den Bauarbeiten begonnen hat, wird der Verwaltungsgerichtshof kaum noch eine Entscheidung gegen den Bau dieser Leitung treffen können, so die Sorge der Betroffenen. Ein Baustopp bis zum Vorliegen einer höchstgerichtlichen Entscheidung wäre hier nur fair.

Gesundheitsrisiko

Dass der Bau der 380kV-Leitung jahrzehntelange Proteste hervorruft, die nicht verebben, wurde auch durch grobe Fehler der Raumplanung verursacht: Normalerweise sind 380kV-Leitungen von den nächsten Wohngebäuden mehrere Hundert Meter entfernt; empfohlen wird jedenfalls ein Mindestabstand von 250 Metern. Bei der Oststeirischen Trasse sind hingegen Abstände von nur 70 bis 80 Metern vorgesehen. Besonders betroffen sind vor allem jene Bürger, die trotz der zu erwartenden Gesundheitsgefährdungen durch

Elektromog keine Entschädigungen erhalten, weil sie nicht Liegenschaftseigentümer sind; oder weil sie am Rande der „Entschädigungszone“ liegen. Diese soll überhaupt recht flexibel gehandhabt worden sein – je nachdem, welchem Günstling man zu einem gewissen Zubrot verhelfen wollte. Andere Eigentümer, die gegen die Trasse waren, werden nun „überspannt“ und müssen mit einer Mini-Entschädigung Vorlieb nehmen.

„Die KPÖ unterstützt den Widerstand gegen die Hochspannungsleitung“, so der steirische KPÖ-Vorsitzende Franz Stephan Parteder. Die KPÖ fordert, dass mit dem Bau gewartet wird, bis der Verwaltungsgerichtshof endgültig entschieden hat. Derzeit wird jedenfalls eifrig gearbeitet: in Hofstätten bei Gleisdorf an einem Umspannwerk, an anderen Orten an der Trasse selbst. Die Masten werden übrigens nicht nur die 380kV-Leitungen tragen, sondern auch 110kV-Leitungen; „zur Erweiterung der Netze“, wie im UVP-Bescheid zu lesen ist.



Voestalpine: Gute Auslastung bei Schienenproduktion, bei Ölrohren müssen aber 78 Arbeiter gehen.
Foto: VOESTALPINE

GEKÜNDIGT 78 Arbeiter abgebaut

In Kindberg müssen 78 Menschen im Jänner einen neuen Job suchen. Voestalpine Tubulars will Ersatzarbeitsplätze in anderen Werken anbieten.

Die Arbeiter sind heutzutage vollends zum Spielball von Finanzinvestoren geworden“, sagte der steirische KPÖ-Vorsitzende Franz Stephan Parteder den bevorstehenden Kündigungen von 78 Arbeitern beim Nahtlosrohrwalzwerk in Kindberg. Bei Voestalpine Tubulars argumentiert man mit einer Übersättigung an Ölfeldrohren, die in Kindberg erzeugt werden.

Der KPÖ-Politiker wies darauf hin, dass Voestalpine Tubulars nicht der einzige Betrieb in Kindberg ist, bei dem es Personalabbau gegeben hat, und verwies auf den Fall der Firma Schrack.

Abbau trotz Gewinn

Die Profite in der Stahlindustrie steigen an, Aktionäre freuen sich über hohe Dividenden, gleichzeitig setzt man in Kindberg Arbeiter auf die Straße. Man müsste jetzt bei der AK, dem ÖGB und auch bei der Landesregierung aktiv werden. Die steirische KPÖ steht jedenfalls auf der Seite der Arbeiter in Kindberg.

GRAZ WÄHLT AM 20. JÄNNER

KPÖ: Mit Herz und Verstand

Am 20. Jänner wählt Graz. Unter dem Motto „Helfen statt reden“ tritt die KPÖ als hilfreiche und nützliche Partei für die Menschen an.

Teures Wohnen, teures Heizen, teure Lebensmittel, miese Arbeitsverhältnisse – das Leben in Graz wird für immer mehr Menschen zum Problem. In diesem Spannungsfeld stellt sich die Grazer KPÖ schützend vor jene Menschen, die nicht auf die Butterseite des Lebens gefallen sind.

Das Team um Wohnungsstadträtin Elke Kahr steht für „helfen statt reden“, für einen mit den Politikerbezügen gespeisten Sozialfonds, der Menschen in Schwierigkeiten zugute kommt. Die Grazer KPÖ stemmt sich gegen das Faustrecht der Kapitalstarken, kämpft für leistbares Wohnen, für mehr Gemeindewohnungen in der Stadt, für den Altstadtsschutz, gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum, kämpft vor allem dafür, dass auch jene leben können, denen es eben nicht so gut geht.

Bei der letzten Wahl im Jänner 2003 erreichte die KPÖ 20 % der Wählerstimmen.



Stadträtin Elke Kahr,
Spitzenkandidatin der
KPÖ in Graz



Der Druck auf Gemeinden, die öffentlichen Dienste (Wohnungen, Wasserversorgung, Müllabfuhr, Verkehrsbetriebe ...) an Privatkonzerne zu verschern, ist groß. Mit der KPÖ ist das aber nicht zu machen: Sie ist strikt gegen den Ausverkauf öffentlichen Gutes!